

**Niederschrift der 31. Ratssitzung vom 20.09.2012**

**Ort:** Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

**Tag:** 20.09.2012

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 20:10 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann  
32 Stadträte

Herr Thomas Peckruhn CDU  
Frau Monika Rauhut CDU  
Frau Regine Römmisch CDU  
Herr Volker Schachtel CDU  
Herr Andreas Skrypek CDU  
Frau Regina Stahlhacke CDU  
Herr Harald Weiß CDU  
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Peter Dietrich

DIE LINKE.

Herr Manfred Fischer

Herr Michael Dietrich

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Herr Holger Hüttel

DIE LINKE.

Herr Klaus Kotzur

DIE LINKE.

Frau Christine Kümmel

DIE LINKE.

Herr Günter Prause

DIE LINKE.

Herr Axel Sell

DIE LINKE.

Frau Iris Töpsch

DIE LINKE.

Herr Siegmund Hecker

BOS

Herr Andreas Herold

BOS

Herr Volker Kinne

BOS

Herr Bert Mrozik

BOS

Frau Katrin Scheffel

BOS

Herr Helmut Schmidt

BOS

Herr Jürgen Telle

BOS

Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser

BOS

Herr Mike, Bösel

B.I.S.

Frau Gesine Liesong

B.I.S.

Frau Käthe Olschak

B.I.S.

Herr Klaus Peche

B.I.S.

Herr Lothar Wolfram

B.I.S.

Frau Christine Block

SPD

Herr Arndt Kemesies

SPD

**entschuldigt fehlten:**

Frau Sabine Künzel

DIE LINKE.

Herr Helmut Qual

FDP

Herr Heiko Brunthaler

NPD

<b>verspätet erschienen:</b>	Herr Udo Halle Herr Dieter Klein Herr Udo Schwarz	CDU CDU FDP	16:17 Uhr 16:30 Uhr 16:48 Uhr
<b>verpflichtet wurde:</b>	Frau Katharina Ruschke	SPD	17:00 Uhr
<b>vorzeitiges Verlassen:</b>	- - -		
<b>sachkundige Einwohner:</b>	Herr Veit Baeske Herr Markus Biedermann Herr Peter Bloßfeld Frau Daniela Hahn Herr Manfred Hartmann Herr Ditrich Holzapfel Frau Sonja Hund Herr Thomas Klaube Herr Wolfgang Müller Frau Iris Reiche Herr André Röthel Frau Yvonne Röthel Herr Maik Rüdiger Herr Lothar Sanftleben Frau Susanne Wilk		
<b>Ortsbürgermeister:</b>	Herr Nico Michael		OT Wettelrode
<b>stellv. Ortsbürgermeister:</b>	Herr Helmut Hahnas		OT Obersdorf
<b>Stadtverwaltung:</b>	Herr Jens Schuster  Herr Torsten Schweiger  Herr Udo Michael Frau Sibylle Lucas  Frau Marina Becker  Frau Karin Schiller Frau Simone Jung		Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachbereichsleiter Bürgerservice Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement Referentin Presse- und Öffentlichkeits- arbeit, Städtepartnerschaften Ratsbüro Ratsbüro
<b>Tagungsleitung:</b>	Herr Andreas Skrypek		Vorsitzender des Stadtrates

### **Tagesordnung gemäß Einladung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 30. Ratssitzung vom 05.07.2012**
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 6.1 Ausscheiden eines Stadtrates wegen Mandatsniederlegung und Verpflichtung nachrückender Stadträte
    - 6.1.1 Ausscheiden eines Stadtrates wegen Mandatsniederlegung
    - 6.1.2 Verpflichtung nachrückender Stadträte
  - 6.2 Abberufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
  - 6.3 Errichtung eines FriedWaldes als alternative Bestattungsform
  - 6.4 Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA i.H.v. ca. 40.000,00 €

für die Gefahrenabwehrmaßnahmen an den Bauwerken zur Schlammrückhaltung in Riestedt - Hhst. 11000.58070

- 6.5 Zustimmung zu einer Entscheidung des Aufsichtsrates der Kommunalen Bädergesellschaft mbH
- 6.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA in der Haushaltsstelle 63027.94010 - Schnittstellenprogramm Neuerrichtung Verkehrsanlage
- 6.7 Nachgenehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA in der Haushaltsstelle 63000.51050 - Straßenreparaturen
- 6.8 Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Kerngebiet Schützenplatz" über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
- 7.1 Jahresabschlüsse, Lageberichte und Bestätigungsvermerke 2011 von den Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- 7.2 Information über die Übertragung der Aufgaben und Überlassung der Rechte aus dem Konzessionsvertrag für Strom vom 20.04.2011
- 7.3 Wegnahme von verkehrsberuhigten Bereichen in der Ortschaft Wolfsberg
- 8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
- 9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
- 9.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses
- 9.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

## **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 31. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 32 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1. - 7.3 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.  
Die TOP 8. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

*Herr Kotzur* stellt den Antrag, die Beschlussvorlage des TOP 6.5 *Zustimmung zu einer Entscheidung des Aufsichtsrates der Kommunalen Bädergesellschaft mbH* als Informationsvorlage zu behandeln. Darüber diskutierte gestern der Hauptausschuss. Ein Beschluss des Stadtrates zu dieser Thematik ist nicht zwingend notwendig. Die Vorgehensweise ist nicht schädlich für den Beschluss des Aufsichtsrates und grenzt nicht die Handlungsmöglichkeiten und -freiheit der Bädergesellschaft ein.

*Herr Poschmann* bestätigt, dass das Verfahren in der gestrigen Hauptausschusssitzung abgestimmt wurde. Als Aufsichtsratsvorsitzender und Vertreter in der Gesellschafterversammlung erklärt er sich damit einverstanden, wenn dem Antrag mehrheitlich zugestimmt wird. In den Verträgen mit der Bädergesellschaft ist lediglich geregelt, dass bei Neubauvorhaben die Zustimmung erforderlich ist. In dem vorliegenden Fall handelt es sich um ein Sanierungsvorhaben.

**Abstimmung über den Antrag von Herrn Kotzur**, die Beschlussvorlage des TOP 6.5 als Informationsvorlage zu behandeln

Ja-Stimmen = 31  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist der Antrag angenommen.

### **Abstimmung über die Tagesordnung**

Ja-Stimmen = 33  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

### **Glückwünsche zum Geburtstag**

Herr Skrypek und Herr Poschmann gratulieren nachträglich Frau Iris Töpsch und Frau Katrin Scheffel, jeweils zum 55. und Frau Monika Rauhut zum 65. Geburtstag.

### **3. Genehmigung der Niederschrift der 30. Ratssitzung vom 05.07.2012**

#### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen = 29  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

### **4. Bericht des Oberbürgermeisters**

*Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 21.09.2012 zugeschickt.*

16:17 Uhr  
Herr Halle kommt = 34

### **5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

#### **Anfragen des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion**

*Herr Mrozik erinnert im Zusammenhang mit der geplanten Anschaffung einer Kehrmaschine, an die Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden vor der vorletzten Hauptausschusssitzung am 29.08.2012. Dort wurde über die 70 T€ Haushaltsausgabereise gesprochen und zur Debatte stand: Kehrmaschine oder Mähetechnik. Um sinnvoll über die Verwendung der Mittel entscheiden zu können und um sich in der Fraktion zu beraten, wollte er beim zuständigen Fachdienst Bauhof Auskunft über folgende offene Fragen einholen. "1.) Was muss in Sangerhausen gefegt werden und wie viele Mitarbeiter sind zur Zeit damit beschäftigt (weil wir Leute freisetzen wollen) ? 2.) Welche Flächen sind an Dritte vergeben? 3.) Wie viele Aufsitzmäher hat der Bauhof, sind zur Zeit im Einsatz und befinden sich in welchem Zustand? 4.) Wie viele Arbeitskräfte sind in der Stadt mit der Rasenmähetechnik beschäftigt und welche Flächen sind an Dritte vergeben?" Er geht davon aus, dass die gesamte Stadt einbezogen wird. Bisher erhielt er keine Antwort. Im OB-Bericht ist nur von der Anschaffung einer Kehrmaschine die Rede. Vollkommen außer Acht gelassen wurde die 2. Variante. Da die neue Straßenreinigungssatzung noch nicht eingebracht wurde, stellt sich die Frage, wo die neue Maschine kehren soll.*

## **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* erklärt, dass die Kehrmaschine auf kommunalen Flächen eingesetzt wird, die derzeit mit Muskelkraft gekehrt werden. Um welche Flächen es genau geht, soll in der Arbeitsgruppe besprochen werden. Natürlich werden auch Alternativen diskutiert. Dazu gibt es Material. Auch die Themen der letzten Arbeitsgruppe sind nicht vom Tisch. Die wichtigste Aussage ist, dass es einen Haushaltsausgaberest gibt, über den in diesem Jahr noch verfügt werden muss. Die Verwaltung schlägt die Anschaffung einer Kehrmaschine vor, ist aber für weitere Diskussionen offen.

## **Anfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S-Fraktion**

*Herr Peche* ist nicht zufrieden mit der Aussage zum Thema Kino. Er macht darauf aufmerksam, dass von der Verwaltung in der Hauptausschusssitzung am 12.06.2012 schon konkretere Informationen gegeben wurden. Es wurde gesagt, dass im September, spätestens im Oktober, das Kino, mit dem im Bericht genannten Investor, eröffnet wird. Jetzt gibt es leider nur vage Vermutungen und keinen Termin. Seine Fraktion möchte genau wissen, wie der Stand ist, ob der Investor wieder eröffnen wird oder ob das Kino geschlossen bleibt. Außerdem hat er 2 Sachen im OB-Bericht vermisst. Es geht um Belange des AZV / TZV. Am 12.06.2012 fand eine Informationsveranstaltung mit beiden Verbänden statt. Dort wurde vom TZV eindeutig dargelegt, dass das Kerngebiet von Sangerhausen betreffend, nur im neuen Industriepark, Fernwasser anstehen soll. In der Stadt könne das nicht realisiert werden, weil die technischen und finanziellen Voraussetzungen nicht vorliegen. Leider musste man aus der Presse von einem vollkommen neuen Stand erfahren. In dem TOP *Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz* sollte in jeder Ratssitzung darüber konkreter informiert werden, sodass die Stadträte den aktuellen Kenntnisstand an die Bürger weitergeben können. Des Weiteren wurden keine Aussagen zum AZV gemacht, obwohl das Thema: Rückzahlung von Geld an die Kunden, die zu viel Abwassergebühren gezahlt haben, mehrfach von der B.I.S.-Fraktion angefragt und in den Ratssitzungen angesprochen wurde. Bewusst angefragt, weil es im Kommunalgesetz eine Frist gibt, dass innerhalb von 3 Jahren zu viel gezahlte Kosten zurückzuzahlen sind. Somit hätten sie 2011 zurückgezahlt werden müssen. Diesbezüglich gab es in den Ratssitzungen nie eine Information, dass Herr Stickel diese Gelder mit den anderen Kommunalgebühren verrechnen will, was rechtlich nicht möglich ist. Das Geld der Kunden ist zurückzuerstatten. Die B.I.S.-Fraktion möchte eine konkrete Antwort darauf, wann und in welcher Form das Geld zurückgezahlt wird. Seine Fraktion hat am 14.04.2011 eine Beschlussvorlage eingebracht, die mit großer Mehrheit bestätigt wurde. Es ging um das Altkennzeichen SGH, das wieder eingeführt werden soll. Nächste Woche soll im Bundesrat ein Beschluss gefasst werden, der über das Verkehrsministerium eingebracht wurde. Viele Städte haben es schon, weil dort Stadt und Kreis zusammengearbeitet haben. Er fragt nach dem Erkenntnisstand, inwieweit der Kreis in dieser Sache mitzieht, wo der Stadtratsbeschluss mit überwältigender Mehrheit gefasst wurde. Wenn der Bundesrat den Beschluss fasst, ist dann der Kreis so weit, dass auch in Sangerhausen das Kennzeichen wieder eingeführt wird? Was hat die Stadt unternommen und welche Stellung bezieht der Landkreis? Wie wurde Kontakt aufgenommen und darauf gedrungen, dass die Beschlussvorlage umgesetzt wird? Bekannt ist, dass Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg die Initiative nicht unterstützen.

16:30 Uhr

Herr Klein kommt = 35

## **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* fängt beim Thema Kino an. Wenn am 12.06.2012 bereits ein Eröffnungstermin genannt wurde, dann beruht die Bekanntgabe auf der Aussage der Betreiberin. Es geht hier um Privatwirtschaft. Die Einflussnahme der öffentlichen Verwaltung ist beschränkt, vor allem auf gegenseitige Information, Beratung, Hilfestellungen bei Bank- und Förderinstituten und unterstützendes Eingreifen in die Fördersystematik. Entscheiden kann die Verwaltung nicht. Letztendlich ist zu hoffen, dass die vorgelegten Konzepte so sicher von allen bewertet werden, dass die Finanzierung steht. Die abschließende Prüfung befindet sich im Verfahren.

Zum Thema: TZV, Presse und Fernwasser äußert er sich wie folgt. In einer Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden hat er umfassend über die Problematik Fernwasser und insbesondere über die Problematik Uranfilterentsorgung informiert. Dabei wurde auch der Paradigmenwechsel bekannt gegeben. Dazu kann im TOP 8.1 ergänzt werden. Die Bürgerinitiative liegt an manchen Stellen falsch. Nicht in allen Wasserfassungen ist Uran enthalten. Ein Problem gab es mit der Entsorgung der Filter. Es ist deutlich abzusehen, dass der Fernwasseranschluss nicht zu umgehen ist.

Das angesprochene Thema zum AZV ist sehr komplex und wurde in der Informationsveranstaltung von den Fachleuten erörtert. Seitens der Teilnehmer wurde dazu keine Frage gestellt. Er macht darauf aufmerksam, dass die Verbände eigene Verwaltungen haben und stellt richtig, dass es sich um einen 3 Jahre -Kalkulationszeitraum gemäß KAG handelt. Im vorliegenden Fall geht es um eine Überzahlung außerhalb jeglicher Kalkulationszeiträume. Das wurde bereits vor Jahren in einer Übersicht dargelegt. In Abstimmung mit der Aufsicht wurden Teile mit Umlagen, die zu zahlen wären, verrechnet. Andere Teile sollten ausgeschüttet werden, wovon zwei Zahlungen erfolgten. Das dritte Jahr steht noch aus. Nach dem Termin dieser Ausschüttung wird er in der

nächsten Verbandsversammlung fragen. Es ist nicht vergleichbar mit den 3 Jahren Kalkulationszeitraum. Er erklärt kurz, wie die Kalkulation in einer gebührenrechnenden Einrichtung, wie dem AZV funktioniert. In einem Jahr wird die Kalkulation gemacht, die für die folgenden 3 Jahre gilt. Bei der Abrechnung (Jahresabschluss und Endabrechnung) wird festgestellt, ob mehr oder weniger eingenommen wurde. Danach richtet sich, ob man den Kalkulationszeitraum abbricht. Bei zu wenig Einnahmen ist das zwingend erforderlich, um die Liquidität zu halten. Bei einer Überdeckung, muss man diese im nächsten Kalkulationszeitraum dem Bürger erstatten, aber nicht als Einmalzahlung, sondern das wird bei der Neukalkulation berücksichtigt. Die Ursachen sind verschieden. In der Regel liegt es am Wasserverbrauch, den kein Verband abschließend wirklich kalkulieren kann und außerdem spielt die abnehmende Bevölkerung, das Verbrauchsverhalten, Inflationsraten usw. eine Rolle. Die Differenzen (Über- oder Unterdeckung) sind im nächsten Kalkulationszeitraum (4., 5. und 6. Jahr nach der Erstkalkulation) wieder auszugleichen. Das hat nichts mit den angesprochenen Rückerstattungen zu tun, die entstanden sind, weil es keine abgeschlossenen Kalkulationszeiträume gab.

Die Umsetzung des Beschlusses zum Altkennzeichen SGH wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Bundesratsinitiative ist das eine und die verwaltungsmäßige Umsetzung das andere. Die Stadt hat den Antrag gestellt und überall signalisiert, dass es gewollt ist. Es liegt nun an der Bearbeitung durch die zuständigen Stellen. In Eisleben wird jetzt erst die Befragung der Bürger durchgeführt. Herr Michael hält den Kontakt und bekommt von der Hochschule die aktuellen Informationen.

Der OB-Bericht beinhaltet Themen nach einer repräsentativen Auswahl. Er schlägt vor, die Runden mit den Fraktionsvorsitzenden regelmäßig zu veranstalten, um die Themen genauer zu präzisieren und die Kommunikation noch enger zu gestalten.

#### **Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael**

*Herr Michael* informiert über die gestern erhaltene Mail zum Thema. Voraussetzung für die weitere Vorgehensweise auf allen Ebenen ist die Entscheidung des Bundesrates. Seitens des Landkreises (Straßenverkehrsbehörde) gibt es keine ablehnende Haltung zur Wiedereinführung des Altkennzeichens.

#### **Anfrage der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion**

*Frau Liesong* hat 2 Sachen vorzubringen.

1.) erhielt sie von Herrn Bader ein Schreiben mit der Bitte, sich seinem Anliegen anzunehmen. Es geht um ein Schreiben vom BUND aus dem letzten Jahr, bezogen auf einige Bäume. Dieses Schreiben, sowie ein Antwortschreiben des Oberbürgermeisters, haben dem Umweltausschuss vorgelegen. Beide Schriftstücke wurden als "unbefriedigend beantwortet" bewertet. Daraufhin ist nichts passiert. Sie bittet um Prüfung der Problematik und darum, dass veranlasst wird, dass die Schreiben überarbeitet und genauer beantwortet werden. Wenn dort steht, dass Ersatzpflanzungen vorgenommen werden und weder Zeit, Ort, Art, Umfang usw. festgelegt sind, kann man nicht nachvollziehen, ob die Auflagen eingehalten wurden. Es ist ein erheblicher Baumverlust zu verzeichnen. Sie vertraut auf die Aussagen der "Baumbeobachter".

2.) liegt ihr ein Schreiben von der Gesellschaft Deutscher Rosenfreunde vor, das sicher jedes Ratsmitglied erhalten hat. Sie möchte wissen, wie die Stadt auf das Schreiben reagieren wird. Es geht um das umstrittene Plakat. Sie weist darauf hin, dass, in Hinsicht auf einen guten Kontakt und eine gute Zusammenarbeit, ein Anschreiben von der Gesellschaft Deutscher Rosenfreunde nicht außer Acht gelassen werden sollte.

#### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* beginnt beim Thema Plakat. Er hat für alle Rosenfreunde, die ihn angeschrieben hatten, einen Brief mit der Überschrift verfasst, "Werbung soll provozieren, aber darf nicht spalten", in dem auch das Zustandekommen erläutert wurde. Bei dem Schreiben handelt es sich nicht um das der Gesellschaft, sondern um das eines persönlichen Vorstandsmitgliedes. Der Präsident hat separat geschrieben, dass er dazu keine Stellung bezieht. Er bat den Oberbürgermeister lediglich darum, auf die Schreiben zu reagieren. Die Antwort auf insgesamt ca. 50 Briefe und Mails bundesweit, erfolgte in Form eines Rundbriefes, den Herr Poschmann auch gern den Stadträten zur Verfügung stellt.

Zum Thema Bäume, kann er ad hoc keine Antwort geben. Er wird die Schreiben in Empfang nehmen und den Sachverhalt noch einmal prüfen.

#### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* versichert, den sogenannten "Baumbeobachtern", Angaben über Zeit, Ort, Art und Umfang zur Verfügung zu stellen.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kinne, BOS-Fraktion**

*Herr Kinne* spricht das Thema Arbeitsgruppe Bauhof an. Er fragt, auf welcher Basis sich diese Arbeitsgruppe mit der Kehrmaschine befassen soll. Am 10.07. fand die 1. Beratung statt. Er war sowohl von der Vorbereitung seitens der Verwaltung, als auch vom Vorschlag des Oberbürgermeisters, keinen Leiter einzusetzen und dafür die Gruppe von Bauhof und Bauamt moderieren zu lassen, sehr enttäuscht. Die Beratung am 30.08. fiel aus. Die BOS-Fraktion hatte ein Papier erarbeitet, welches allgemeine Zustimmung fand. Ziele waren festgelegt. Fakten und Zahlenmaterial, das benötigt wird, wurde abgefordert. Bereits zur Klausurtagung mahnte die Fraktion an, dass die Verwaltung notwendige Fakten nicht zur Verfügung stellt. Bis heute liegt nichts vor. Er vermutet, dass es Methodik des Bauamtes oder des Bauhofes ist. Es kann nicht sein, dass es nach dem Motto geht: "Wir legen fest und die Abgeordneten haben zuzustimmen." Er bittet den Oberbürgermeister darum, konkrete Festlegungen in seinem Verantwortungsbereich zu treffen, sodass die Stadträte das Zahlenmaterial bekommen, um richtig analysieren und optimale Entscheidungen für die Erhöhung der Effektivität des Bauhofes treffen zu können.

16:48 Uhr

Herr Schwarz kommt = 36

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* betont, dass nicht er vorgeschlagen hat, keinen Leiter einzusetzen, sondern dass die Gruppe entschieden hat. Die Arbeitsgruppe Bauhof ist kein Entscheidungsgremium. In der ersten Runde fand ein Selbstfindungsprozess statt. Aus Praktikabilitätsgründen wurde festgelegt, dass die nächste Einladung von der Verwaltung vorgenommen wird. Der Termin für die nächste Sitzung steht fest und die Verwaltung wird die dafür notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* ergänzt. Die Sitzung wird am 12.10. stattfinden. Nächste Woche werden Einladung und Unterlagen verschickt. Eine Frist von 14 Tagen ist somit gewährleistet.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn P. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr P. Dietrich* richtet seine Anfrage an Herrn Schweiger. Seit dem 16.07. ist das Bergbaumuseum geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt sollte eine Sanierung stattfinden. Die Ausgaben sind im Haushaltsplan eingestellt. Bis zum heutigen Tag ist nichts gemacht worden. Er hatte bereits im Bauausschuss angefragt und noch keine Antwort erhalten.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* korrigiert.

### **KASSETTENWECHSEL**

Die Verwaltung ist mit dem ALF im Gespräch. Es liegt noch kein Fördermittelbescheid vor. Nach seinem Kenntnisstand wurde die Schließung nicht durch diese Baumaßnahme veranlasst, sondern durch die Ankündigung der GVV, die Röhrensanieung durchzuführen. Diese liegt nicht in der Verantwortung der Stadt. Die GVV hatte mit der Rosenstadt GmbH abgestimmt, zum Zweck der Röhrensanieung, das Museum für ein halbes Jahr zu schließen. Primär hat es mit der städtischen Baumaßnahme nichts zu tun.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* gibt Ergänzungen. Die GVV hatte ein ähnliches Problem wie die Stadt. Es wurde festgestellt, dass die Finanzierung schwierig ist. Die Ausschreibung erbrachte ein wesentlich höheres Ergebnis. Die Ansätze mussten überdacht werden.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S-Fraktion**

*Herr Peche* ist mit der Antwort nicht zufrieden. Im Vorfeld hätte eine Abstimmung beider Baumaßnahmen stattfinden müssen. Genau wie bei den vorangegangenen Themen: Kino, AZV und Altkennzeichen, sitzen die Stadträte in Rats- und Ausschusssitzungen, reden und reden und bekommen keine Ergebnisse präsentiert. Das kann nicht so bleiben. Es wird einfach darüber hinweggegangen. Wenn der Fördermittelbescheid noch nicht da ist, muss abgestimmt werden, dass beide Baumaßnahmen zur gleichen Zeit durchgeführt werden. Je länger die Schließung dauert, desto schwieriger wird es, das Museum auf den Stand zu bringen, auf dem es war.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* stellt klar, dass eine Abstimmung stattfand. Die Stadt kann schwer Einfluss nehmen, wenn der andere Partner ausfällt. Es geht um die Haushaltsmittel der GVV. Beide Seiten sind von Dritten abhängig. Ergebnis der Abstimmung war, dass Mitte bis Ende des Jahres die Maßnahmen durchgeführt werden.

Finanzierungsprobleme stellten sich auf beiden Seiten ein. Die Verwaltung hält ständig Kontakt mit der GVV. Ein Termin steht noch nicht fest.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* erklärt, dass der touristische Betrieb eingestellt wurde, weil die Stadt es angekündigt hatte. Die Kosten wurden weitestgehend heruntergefahren. Wichtig ist, dass so schnell wie möglich, die Maßnahmen begonnen werden. Voraussetzung dafür ist die Finanzierungssicherheit. Da das Geld in Summe knapp ist, gab es immer wieder neue Förderansätze.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn P. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr P. Dietrich* macht darauf aufmerksam, dass von März bis Anfang Juni Gelder verbaut wurden. Es geht darum, dass alles liegen geblieben ist und es nicht weitergeht.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* klärt auf. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen und erledigt. Die Bauabschnitte, die folgen sollten, wurden bewusst so geplant, dass immer ein fertiges Produkt entsteht, da niemand sagen kann, welche Fördermittel in welchen Jahresscheiben noch kommen. Die Abstimmung zur Schließung des Museums ist zwischen der Rosenstadt GmbH und der GVV erfolgt, da die GVV angekündigt hat, die Röhre zu sanieren. Da somit die Hauptattraktion wegfiel, entschied man sich zur Schließung.

### **Anfragen des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion**

*Herr Mrozik* hat eine Nachfrage zur Arbeitsgruppe Bauhof. Es ist richtig, dass Herr Poschmann gesagt hat, dass die Arbeitsgruppe kein Entscheidungsgremium ist, in Bezug auf Finanzmittel. Entscheidungen über Finanzen gehören in den Hauptausschuss oder in den Stadtrat.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* weist darauf hin, dass die Entscheidung im Stadtrat getroffen wurde, das Geld dafür einzusetzen. Die Vergabe erfolgt im Hauptausschuss.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Klein, CDU-Fraktion**

*Herr Klein* informiert über die gestrige Tagung Demografie und Jugend. Vor längerer Zeit gab es eine Zusammenarbeit zwischen Frau Liesong und dem Stadtjugendpfleger Herrn Pittner. Es ging darum, in den Stadtrat einen Beratungsbeschluss einzubringen, zum Thema "Offene Jugendarbeit in Sangerhausen". Der Stadtrat soll sich dazu bekennen. Er hat folgendes mit dem Oberbürgermeister abgesprochen. Der Antrag sollte, mit den Fraktionsvorsitzenden gemeinsam, fraktionsübergreifend in den Rat eingebracht werden. Bei dem Thema ist es nicht sinnvoll über Parteipolitik zu arbeiten. Hiermit lädt er die Fraktionen ein, in Kürze zu einer Runde zusammenzukommen. Es ist eine Aussage darüber, welche Bedeutung offene Jugendarbeit für junge Leute hat und wie sich die Stadt Sangerhausen zum Thema offene Jugendarbeit auf längere Sicht erklären muss, um Jugendlichen zu zeigen, dass sie eine Zukunft in Sangerhausen haben.

## **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **6.1 Ausscheiden eines Stadtrates wegen Mandatsniederlegung und Verpflichtung nachrückender Stadträte**

#### **6.1.1 Ausscheiden eines Stadtrates wegen Mandatsniederlegung**

Begründung: Herr Poschmann



## Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

### Beschlusstext:

*Der Stadtrat beschließt das Ausscheiden von Herrn Raik Polster aus dem Stadtrat der Stadt Sangerhausen.*

### Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 36  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-31/12** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### 6.1.2 Verpflichtung nachrückender Stadträte

Herr Skrypek:

#### 1.

"Für Herrn Raik Polster (B.I.S.-Fraktion) rückt Herr Siegbert Grießer, wohnhaft in Sangerhausen, Kylische Straße 20, nach. Die Mandatsannahme liegt schriftlich vor. Herrn Grießer ist eine Teilnahme an der heutigen Sitzung nicht möglich.

#### 2.

Für Frau Nadine Hampel (SPD- Fraktion) rückt Frau Katharina Ruschke, wohnhaft in Sangerhausen, Magdeburger Straße 7, nach. Frau Ruschke war bisher als sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss tätig. Die Mandatsannahme liegt schriftlich vor.

Frau Ruschke ist anwesend und kommt nach vorn.

### Verpflichtungstext:

Entsprechend der §§ 30 und 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt verpflichte ich Sie, alle ehrenamtlichen Rechte und Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

Gemäß § 51 (2) GO LSA sind nachrückende Gemeinderäte bei ihrem Eintritt auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten zu verpflichten.

Ich stelle fest:

Als Mitglied des Stadtrates sind Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und haben ihre Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärung liegt vor. Damit ist die Verpflichtung gemäß § 51 (2) GO LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

17:00 Uhr

Frau Ruschke wurde verpflichtet = 37

---

### Information:

Herr Skrypek:

"Herr Polster scheidet gleichfalls als Vertreter für den Beirat der Rosenstadt Sangerhausen GmbH aus. Die Stadt hat sich per Vertrag 2 Beiratspositionen gesichert, wovon eine Position Herr Peckruhn inne hat und die andere neu zu besetzen ist. In der nächsten Ratssitzung am 25.10.2012 soll ein neuer Vertreter durch Abstimmung festgelegt

werden. Ich bitte die Fraktionen, darüber zu beraten und Vorschläge für eine Neubesetzung dem Ratsbüro, vor der nächsten Ratssitzung, mitzuteilen."

---

## **6.2 Abberufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit**

Begründung: Herr Michael

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Der Ortschaftsrat Wettelrode** stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach öffentlicher Beratung, den Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen zum 30.09.2012 abuberufen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	37
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-31/12** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **17:05 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

### **Anfrage des Bürgers Herrn André Röthel, Sangerhausen, Karl-Liebknecht-Straße 20**

*Herr Röthel* spricht an, dass auf der Thälmannstraße, im Bereich des Neubaus (Mühlgasse), Autos auf beiden Straßenseiten geparkt werden und somit den Verkehr teilweise blockieren. Die Stadt sollte sich Gedanken darüber machen, dort den Verkehr neu zu regeln oder Stellplätze zu schaffen.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* informiert, dass zur Problematik bereits bei der Verwaltung Beschwerden eingegangen sind. Anfangs gab es Parkplätze auf der anderen Seite. Dann sind die Bürger auf die Neubauseite ausgewichen. Das erzeugte Probleme mit Firmen und bei der Anlieferung der Baustelle. Im Moment ist die Entscheidung so, dass dort ein Parkverbot für diese Zeit angeordnet wird. D.h. anhalten, be- und entladen ist möglich, aber kein Dauerparken. Gleichzeitig gab es Beschwerden von Busunternehmen, da der verbleibende Straßenraum bei Gegenverkehr nicht ausreichte. Das Problem befindet sich in der Klärung.

### **Anfrage des Bürgers Herrn Jens Warnke, Sangerhausen, Hüttenstraße 23 a**

*Herr Warnke* hat eine Frage zum Thema Transparenz. Vor einigen Tagen ließ er sich die Ratsprotokolle vom Ratsbüro, in Form von PDF -Dateien zusenden. Beim Durcharbeiten ist ihm aufgefallen, dass gerade bei den Einwohnerfragestunden nur wenige Bürger vor Ort sind und Fragen stellen. Er selbst hat festgestellt, dass es schwierig ist, wenn man aus der Presse über Projekte erfährt, sich in die Problematik einzuarbeiten und sich ein Bild zu machen. Durch die Niederschriften fällt das entschieden leichter. Er fragt, ob es möglich ist, die öffentlichen Protokolle im Internet zur Verfügung zu stellen. Somit hätte jeder Bürger die Möglichkeit, sich über die Arbeit der Stadträte zu informieren.

### **Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek**

*Herr Skrypek* antwortet, dass die Realisierung angegangen wird. Bei den Niederschriften der nichtöffentlichen Teile der Ratssitzungen sind Abstriche zu machen.

### **Anfrage des Bürgers Herrn Jens Warnke, Sangerhausen, Hüttenstraße 23 a**

*Herr Warnke* betont, dass ihm keine nichtöffentlichen Teile zugeschickt wurden.

Seine 2. Frage bezieht sich auf den Bereich Kultur. Mittels Recherche fand er heraus, dass es seit Längerem keinen Kulturausschuss und generell keinen Bereich Kultur bei der Stadt gibt. Im Wesentlichen wurde die Rosenstadt GmbH beauftragt, sich um Kultur und Kulturbelange zu kümmern. Nur ein kleiner Teil (Vereine usw.) liegt im Verantwortungsbereich der Stadt. Er hat erfahren, dass es bei der Rosenstadt GmbH ein Gremium gibt, in dem über kulturelle Dinge, Veranstaltungen usw. beraten wird. Das Problem ist, dass die Sitzungen nicht öffentlich sind und es keine öffentlichen Einladungen und Publikationen der Beschlüsse gibt. D.h. das, was ehemals im Stadtrat beschlossen wurde, wurde outsourct und somit haben Kulturschaffende keine Chance, ihre Ideen u. ä. in die Gremien einzubringen und wie hier in der Einwohnerfragestunde, Fragen zu stellen. Er bittet darum, nach Möglichkeiten zu suchen, damit Bürger auch im Bereich Kultur, Einfluss nehmen können.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* bestätigt, dass der Bereich outsourct wurde und die Rosenstadt GmbH den Auftrag übernommen hat. In der GmbH wurde ein Kulturbeirat gegründet, der die Geschäftsführung und die Stadt bei Abstimmungsproblemen berät. Er ist dankbar für jeden Interessenten, der in dem Gremium mitarbeiten möchte, fasst die Ausführungen von Herrn Warnke als Impuls auf und wird das Angebot zur Mitarbeit weiterleiten.

### **Wortmeldung des Bürgers Herrn Jens Warnke, Sangerhausen, Hüttenstraße 23 a**

*Herr Warnke* betont, dass sein Anliegen nicht persönlicher Natur ist. Es geht ihm um Transparenz. Den Kulturtreibenden sollte in irgendeiner Form die Möglichkeit eingeräumt werden, an solchen Sitzungen teilzunehmen und sich einzubringen.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* äußert sich wie folgt. Es ist nicht angedacht, der Rosenstadt GmbH die Befugnis zu erteilen, die Aufgaben der Stadt wahrzunehmen. Es macht wenig Sinn, die Gremiumarbeit in der GmbH, ähnlich wie Ausschussarbeit zu organisieren. Nach Zuständigkeitsregelung des Stadtrates, ist es möglich, im Hauptausschuss solche Themen zu diskutieren. Außerdem ist es Aufgabe des Referates Kulturelle Bildung, Demokratische Entwicklung und Bürgerliches Engagement, diese Anliegen zu transportieren. Die Referentin Frau Lucas, sowie Herr Schmidt und Frau Winkelmann von der Rosenstadt GmbH, sind die richtigen Ansprechpartner. Mitarbeit, Anregungen und Ideen sind gewünscht, deshalb muss der Transport richtig organisiert werden.

### **Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek**

*Herr Skrypek* lädt Herrn Warnke und andere Interessenten ein, ihre Anliegen im Hauptausschuss vorzutragen.

### **Anfrage der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion**

*Frau Scheffel* macht Herrn Warnke darauf aufmerksam, dass die Möglichkeit besteht, an allen Ausschüssen des Stadtrates teilzunehmen. Sie bedauert, dass kaum ein Bürger dieses Recht für sich beansprucht. Außerdem befürchtet sie, dass durch die Veröffentlichung der Ratsprotokolle im Internet, die Kontakte noch mehr kaputtgehen.

### **Wortmeldung des Bürgers Herrn Jens Warnke, Sangerhausen, Hüttenstraße 23 a**

*Herr Warnke* weist darauf hin, dass es ihm mit der Veröffentlichung der Ratsprotokolle darum geht, dass die Bürger die notwendigen Hintergrundinformationen erhalten, um sich optimal auf Rats- und Ausschusssitzungen vorzubereiten und inhaltliche Fragen zu stellen. Wie in den Fraktionen, können sich dann auch Bürger in kleineren Runden oder in Interessengruppen über die Themen austauschen.

### **Anfrage des Bürgers Herrn Helmut Schmidt, OT Riestedt, Sangerhausen, Mansfelder Str. 10**

*Herr Schmidt* spricht das Thema: Spielplatz am Glockborn in Riestedt an. Vor 3 Jahren wurde um den Platz ein Bauzaun errichtet, der heute noch steht. Es wird viel von Demografie usw. geredet. „Hier geht es um unsere Kinder!“ Er fragt im Namen der Bürgerinnen und Bürger von Riestedt: „Wann wird dieser Spielplatz wieder geöffnet?“

#### **Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek**

*Herr Skrypek* teilt mit, dass die Verwaltung auf die Frage schriftlich antworten wird.

#### **17:17 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

### **6.3 Errichtung eines FriedWaldes als alternative Bestattungsform**

Begründung: Herr Michael

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

#### **Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

*Frau Liesong* beantragt im Namen der B.I.S.-Fraktion eine 1. Lesung mit folgender Begründung. Viele Fragen sind offen. Bisher wurden nur Argumente gehört, die für den Friedwald sprechen. Gegenargumente wurden nicht gehört. Z.B. könnte die Friedhofskultur verloren gehen. Probleme wird es auf den Friedhöfen der Ortschaften geben, die schon jetzt bezuschusst werden. Der erste Schritt sollte der sein, über die vorhandenen Friedhöfe nachzudenken, um Lösungen zu finden. Beispielsweise könnte auf dem Sangerhäuser Friedhof eine Art Friedwald errichtet werden. Die vorgelegten Berechnungen sind nicht stimmig. Die Stelle des sogenannten Friedwaldförsters, soll, je nach Angebot, sukzessive aufgebaut werden. Es kann nicht funktionieren, wenn er für Interessenten nur 3 Stunden pro Woche erreichbar ist. Notwendige Voraussetzung ist auch Fachwissen über Bäume und Bestattungen. Es gibt 2 Briefe von der Steinmetzinnung an den Oberbürgermeister. Auch über diese Bedenken und Interessen muss diskutiert werden. Es sollte sich die Zeit genommen werden, das Kontra zu hören und darüber zu reden.

*Herr Michael* sieht keine Notwendigkeit eine 1. Lesung durchzuführen, um ein Genehmigungsverfahren einzuleiten. Auf die gestellten Fragen gab es bereits Antworten. Pro Jahr werden voraussichtlich 6 Urnen auf den Friedhöfen der gesamten Stadt weniger bestattet. Wegen des Umkreises, über die Grenzen der Stadt hinaus, wird es eine ganze Menge mehr Bestattungen geben. Der finanzielle Aspekt ist dabei zu berücksichtigen, da auch Nebeneffekte erzielt werden. Die Nachfrage steigt und Interessenten werden sich an andere Städte in der Nähe wenden, die sich für die Errichtung eines Friedwaldes entscheiden. Bei der Vor-Ort-Begehung und in den Ausschüssen wurde umfassend diskutiert. Es wurde über eventuelle Schäden durch Stürme, Schädlingsbefall, über vertragliche Regelungen mit dem Nutzer und Sicherheiten gesprochen.

*Herr Peche* hält es nicht für erforderlich, den Beschluss heute unbedingt zu fassen. Das Für und Wider ist genau abzuklären. Es hat Gespräche zwischen Innungsverband und Stadt gegeben. Die Verwaltung hat darüber nicht informiert. Das Friedhofskonzept muss in die Betrachtung einbezogen werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

#### **KASSETTENWECHSEL**

Zu berücksichtigen ist auch folgendes. Wenn die GmbH nicht mehr existiert, muss die Stadt den Friedwald öffentlich betreiben.

*Herr Poschmann* erinnert, dass seit einem Jahr über den Friedwald gesprochen wird. In einer Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden wurde über diese Bestattungsform ausführlich diskutiert. Er appelliert an die Stadträte, mit dem Thema pietätvoll umzugehen. Auf die Fragen hat es Antworten umfassender Art gegeben. Es haben Gespräche mit der Steinmetzinnung und mit Bestattungsinstitutionen stattgefunden. Geeinigt wurde sich darauf, dass für den

vorhandenen Friedhof gesonderte Maßnahmen ermöglicht werden, um gestalterisch tätig zu werden und ihn neu zu konzipieren. Die Innung liefert Argumentationsmaterial, das auf die Situation nicht zutrifft. Er plädiert nicht für eine 1. Lesung.

*Herr Prause* spricht sich gegen den Antrag aus. Für alle Stadträte bestand die Möglichkeit der umfassenden Information. Nach der Vor-Ort-Begehung war selbst die Bestatterin von der Bestattungsform überzeugt. Er kritisiert die Art und Weise, wie die Steinmetzinnung gegen den Friedwald argumentiert. Bereits jetzt gibt es 105 Interessenten und es zeichnet sich ab, dass nach Beschlussfassung die Zahl steigen wird.

*Herr Fischer* geht in seinem Redebeitrag ganz besonders auf die emotionale Seite der Thematik "Sterben und Bestatten" ein. Unter anderem verliest er die Worte einer Frau zum Thema "Letzte Ruhe" und bringt eindrucksvoll zum Ausdruck, dass der Wald für den Menschen mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor ist. Der Wald kommt dem Begriff "Natur" am nächsten. Er spiegelt den Lebenskreis wider, ist der ursprüngliche Lebensraum der Menschheit und hat neben der rationalen Bedeutung, eine sehr große spirituelle Wirkung auf den Menschen. Die Waldbestattung ist keine Modeerscheinung. Sie ist Ausdruck eines anderen Umganges mit dem Sterben und auch ein Ausdruck der Verehrung der Natur. Es gibt einen Unterschied zwischen Friedhofsruhe und Waldesstille. Er appelliert an die Stadträte, den Menschen, die sich für diese Bestattungsform entschieden haben, die Möglichkeit durch die heutige Zustimmung zu geben.

*Frau Scheffel* betont, dass das Thema große Beachtung vor allem, aber nicht nur, bei der älteren Bevölkerung gefunden hat. Die Räte sollten nicht sagen, sie wären nicht genug informiert. Wer diese Bestattungsform gewählt hat, hat sich schon vor Jahren an anderen Stellen informiert. Sie spricht gegen eine 1. Lesung. Der Bevölkerung muss eine klare Ansage gemacht werden, da der Bedarf steigt.

#### **Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung**

Ja-Stimmen = 5  
Nein-Stimmen = 31  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beauftragt den Oberbürgermeister mit der Einleitung eines Genehmigungsverfahrens zur Einrichtung eines Friedwaldes im Stadtwaldgebiet Bäumelburg. Nach Erteilung einer entsprechenden Genehmigung ist dem Stadtrat die Nutzungsordnung und Betriebsform für diesen Friedwald zur Beschlussfassung vorzulegen.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 32  
Nein-Stimmen = 2  
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-31/12** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

Pause: von 18:00 bis 18:15 Uhr

#### **6.4 Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA i.H.v. ca. 40.000,00 € für die Gefahrenabwehrmaßnahmen an den Bauwerken zur Schlammrückhaltung in Riestedt - Hhst. 11000.58070**

Begründung: Herr Michael

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

#### **Beschlusstext:**

*Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA i.H.v. ca. 40.000,00 € für die Gefahrenabwehrmaßnahmen an den Bauwerken zur Schlammrückhaltung in Riestedt - Hhst. 11000.58070*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 31

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 6

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-31/12** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.5 Zustimmung zu einer Entscheidung des Aufsichtsrates der Kommunalen Bädergesellschaft mbH**

(Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung gem. TOP 2 der Niederschrift)

### **6.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA in der Haushaltsstelle 63027.94010 - Schnittstellenprogramm Neuerrichtung Verkehrsanlage**

*Herr Schweiger* begründet die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass es sich hier nicht um eine über- sondern um eine außerplanmäßige Ausgabe handelt. Er bittet um Korrektur.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zu.

**Der Ortschaftsrat Wippra** stimmte der Beschlussvorlage zu.

*Herr Kinne* informiert, dass im Bau- und im Finanzausschuss sehr kontrovers und kritisch, der Arbeit des Bauamtes gegenüber, über das Thema diskutiert wurde. Er vermutet, dass jemand während einer Bauberatung der Maßnahme zugestimmt haben muss, denn ein Baubetrieb erbringt nicht für 90 T€ mehr Leistungen, wenn er nicht weiß, ob er diese bezahlt bekommt. Die Stadträte werden (so auch im Fall Riestedt) viel zu spät informiert und sind nur noch da, um im Nachgang Versäumnisse, die durch den Fachbereich zeitnah nicht umgesetzt werden, zu bestätigen. Er richtet seine Bitte an den Oberbürgermeister, endlich Konsequenzen zu ziehen. Er erinnert an den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes, der aussagte, dass trotz Mahnungen, seit Monaten keine Zuarbeiten erfolgten. So stellt er sich eine sinnvolle Arbeit der Verwaltung, gemeinsam mit dem Stadtrat, nicht vor.

*Herr Schweiger* versichert, dass dies auch nicht Ansinnen seines Fachbereiches ist und weist darauf hin, dass es sich bei den beiden angeführten Maßnahmen, um zwei verschiedene Sachen handelt. Natürlich gibt es Verbesserungsbedarf, aber in diesem Fall gibt es keine Bestätigung des Nachtrages durch die Mitarbeiter der Verwaltung. Der Fall ist noch in der Klärung. Es wurde besprochen, wie in der Zukunft mit solchen Bedarfspositionen umgegangen wird. Bisher galt die Regelung (durch die Rechnungsprüfung unterstützt), dass Bedarfspositionen nicht in den Gesamtpreis einbezogen werden. Sie werden nur mit Einheitspreis angezogen. Jetzt

wird darüber diskutiert, die Bedarfspositionen im Volumen zu bestimmen und einzurechnen. Es muss die bessere Variante gefunden werden. Wenn Firmen diese Positionen haben wollen, sollten sie diese auch separat begründen. Das einzige Positive ist, dass es sich hier um ein Förderverfahren handelt und die Stadt die Mehrkosten nicht zu 100 Prozent tragen muss.

*Herr Poschmann* äußert sich zu den dienstrechtlichen Konsequenzen. Es gibt 2 Komponenten zu bedenken. Die Bestätigung des Nachtragsauftrages hat es in dieser Form nicht gegeben. In diesem Zusammenhang hat es aber ein verwaltungsintern falsches Handeln gegeben, was bereits durch Abmahnung geahndet wurde. Er betont nochmals, dass das Auftragsvolumen seitens der Verwaltung nicht bestätigt wurde.

*Herr Kinne* gibt zu bedenken, dass das Problem rechtzeitig erkannt und ganz sicher vom Baubetrieb in irgendeiner Bauberatung angesprochen wurde. In diesen Beratungen ist der Auftraggeber (Mitarbeiter der Stadt) anwesend. Also muss die Verwaltung schon vor längerer Zeit Kenntnis davon gehabt haben. Warum wird dann nicht gleich der Finanzausschuss informiert?

*Herr Schweiger* erklärt, dass bei der Stadt ausdrücklich die Anweisung (schriftlich gegenüber den Baufirmen dargelegt) gilt, dass nicht in Bauberatungen irgendjemand, irgendeinen Nachtrag bestätigt. Diese sind schriftlich vorzulegen und schriftlich zu bestätigen, damit sichergestellt wird, dass vorher die finanziellen Voraussetzungen vorliegen.

*Herr Skrypek* informiert, dass bereits im Bauausschuss kontrovers über das Thema diskutiert wurde. Ihm stellt sich die Frage, warum überhaupt Eventualpositionen bei einer Förderung von 80 Prozent aufgeführt werden.

*Herr Schweiger* stimmt zu. Über die Rolle der Eventualpositionen muss befunden werden. Er weist darauf hin, dass einige Fördermittelgeber solche Positionen nicht akzeptieren bzw. eine separate Begründung verlangen.

*Herr Mrozik* betont, dass es wichtig ist, dass der Auftraggeber immer auf dem aktuellen Stand ist. Hier liegt ein typisches Beispiel dafür vor, dass die Stadträte viel zu spät informiert werden.

*Herr Kinne* verdeutlicht, um welche Summen es hier geht. Der Originalauftrag beläuft sich auf Leistungen über ca. 300 T€ und der Nachtrag auf ca. 100 T€.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen stimmt der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 94.182,43 Euro (brutto) aus der Haushaltsstelle 63027.94010 Schnittstellenprogramm Neuerrichtung der Verkehrsanlage im OT Wippra zu. Die Finanzierung dieser außerplanmäßigen Ausgabe wird aus der Haushaltsstelle 63000.96110 Hasentorbrücke in Höhe von 18.836,49 Euro und der Haushaltsstelle 63027.36100 Zuweisungen für Investitionen vom Land in Höhe von 75.345,94 Euro gewährleistet.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 20  
Nein-Stimmen = 1  
Stimmenenthaltungen = 16

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-31/12** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

#### **6.7 Nachgenehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 162 GO LSA in der Haushaltsstelle 63000.51050 - Straßenreparaturen**

Begründung: Herr Schweiger

18:35 Uhr  
Frau Olschak geht = 36

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

## **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen stimmt der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 79.650,00 € aus der Haushaltsstelle 63000.51050 Straßenreparaturen zu. Die Finanzierung dieser überplanmäßigen Ausgabe wird aus den Haushaltsstelle Einnahme 63000.17200 in Höhe von 79.650,00 Euro gewährleistet.*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 36  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-31/12** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

18:38 Uhr  
Frau Olschak kommt = 37

## **6.8 Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Kerngebiet Schützenplatz" über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan**

Begründung: Herr Schweiger

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

### **Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Im Ausschuss wurde die Beschlussvorlage umfangreich diskutiert. Da offene Fragen erkannt wurden, stimmte der Ausschuss dem Antrag auf 1. Lesung mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mehrheitlich für eine 1. Lesung.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mehrheitlich für eine 1. Lesung.

*Herr Poschmann* wird persönlich der Beschlussvorlage nicht zustimmen und nicht für eine 1. Lesung plädieren, weil er an einen Vorteil für die Stadt zweifelt. Er empfiehlt, bei der Betrachtung, das Kulturhaus bzw. den Festsaal auszublenden. Es geht um die Handelsfläche, deren Größe eine erhebliche Beeinträchtigung der Handelslandschaft in der Innenstadt darstellt. Die Stadt hat eine Schutzfunktion gegenüber den vorhandenen genehmigten Flächen, auch im Gewerbegebiet. Das Baugesetzbuch sieht eher den Schutz im Innenstadtbereich vor. Der nächste Schritt muss mit dem Eigentümer besprochen werden. Sein Wunsch für die Zukunft ist, dass die Stadt in das Eigentum der Fläche kommt und diese als "grüne Lunge" genutzt wird.



*Herr Peche* spricht sich für seine Fraktion gegen eine 1. Lesung aus. Stadträte, Oberbürgermeister und Verwaltung sollten darüber nachdenken, mit wem sie es hier zu tun haben. Er trägt Zitate vor, die verdeutlichen, was der Investor einst versprochen und in Wirklichkeit eingehalten hat. Ein Festsaal, ein Hotel sollten gebaut werden. Der Stadtrat wollte, dass beides im 1. Bauabschnitt und der Einkaufstempel im 2. Bauabschnitt realisiert wird. Es kam genau anders herum. Durch den Investor gab es einen großen Spalt im Stadtrat, über Jahre hinweg. Am 15.01.2000 wurde der Bauantrag für ein Hotel mit Festsaal (ges. Investitionssumme: 35 Mio. €) gestellt. Am 07.02.2001 versicherten Investor und der damalige Oberbürgermeister, dass auch ohne Fördermittel, das Projekt verwirklicht wird. Es wurden sogar 2 Möglichkeiten für die Betreibung des Hotels offeriert. Im April 2001 bekräftigte der Investor gegenüber der MZ, dass auf alle Fälle gebaut wird.

Es ist unverständlich, dass jetzt der Investor auf die Stadt zukommt und eine doppelt so große Verkaufsfläche errichten will. Die Investorengruppe hätte sich mit aktuellen Zahlen und Gegebenheiten auseinandersetzen sollen, wenn wirklich Interesse an Sangerhausen besteht. Z.B. beträgt die einzelhandelsrelevante Verkaufsfläche in Sangerhausen 2,42 m<sup>2</sup> / Einwohner (Bundesdurchschnitt: 1,4 m<sup>2</sup> / EW) und die Kaufkraft 4.414 € (Bundesdurchschnitt: 19.601 €). Es gibt einen bestätigten Bebauungsplan und eine Bürgerschaft und egal wie die Sache ausgeht, es muss zum Schluss gekommen werden. Wichtig ist, wie es auf dem Schützenplatz weitergeht. Es sollte erst einmal das, was beschlossen wurde und der bestätigte Bebauungsplan beinhaltet, fertig realisiert werden (z.B. Übergang zum Stadtteil Süd). Erst dann kann man mit dem Investor darüber reden, wie es dort weitergehen soll. Er hofft, dass die Beschlussvorlage in Größenordnung abgelehnt wird und es auch in rechtlicher Hinsicht, endlich zu einem Schlusspunkt zum Schützenplatz kommt, um zu wissen, wie sich dieses Kleinod in der Stadt weiterentwickelt und sich für die Sangerhäuser als etwas Positives darstellt.

*Frau Scheffel* spricht für sich persönlich. Sie hat den Eindruck, dass der Investor nach dieser langen Zeit einen erneuten Versuch startet, um die Stadträte, die damals noch nicht dabei waren, für sich und seine Pläne zu gewinnen. Die Stadträte haben sich aber informiert und wissen Bescheid. Sie selbst hat vor 15 Jahren vehement gegen die Bebauung des Schützenplatzes, wie sie derzeit besteht, gekämpft. Leider plädierte damals die Mehrheit dafür. Sie wird sich auch weiterhin gegen jede Errichtung jeglicher Art von Handelsflächen auf dem Schützenplatz wehren. In Sangerhausen gibt es genügend Handelsflächen. Es gibt genügend Menschen aus Sachsen-Anhalt und darüber hinaus, die nicht nur wegen dem Rosarium nach Sangerhausen kommen, sondern auch wegen der Innenstadt, um die sie uns beneiden. Das ist Resultat der Arbeit des Rates und des Bauamtsleiters von damals. Es sind Millionen von Fördermitteln geflossen. Mit jeder neuen Handelsfläche wird das zunichte gemacht, auch im Gewerbegebiet. Der Stadtverkehr wäre gefährdet. Demografische Entwicklung ist das eine und der Erhalt dessen, was geschaffen wurde, ist das andere. Es müssen andere Wege für den Schützenplatz gefunden werden.

*Herr Kemesies* spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen eine 1. Lesung aus. Er fragt sich, warum an dieser Stelle ein neuer B-Plan aufgelegt werden soll. Es existiert bereits ein rechtskräftiger B-Plan für das Gebiet und eine Bürgerschaft, die genutzt werden kann. Die Chancen und Risiken gilt es für die Stadt abzuwägen. Die Frage ist, ob die Stadt eine zusätzliche Handelsfläche von 3.620 m<sup>2</sup> bei extrem sinkender Einwohnerzahl benötigt. Stellt eine solche Dimension nicht eine Gefährdung für das Vorhandene dar? Durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan soll die Handelssparte gesichert werden, was nicht heißt, dass die Handelskette gesichert wird. Nur der Textilhandel ist festgesetzt, nicht die nachhaltige Betreibung durch C&A. Z.B. sind schon in Nordhausen die Umsätze stark zurückgegangen. Eine weitere Frage ist: Benötigt die Stadt ein solches neues Gebäude als Kulturhaus mit ausgewiesenen "300 Sitz- und Stehplätzen" und ist das Haus nachhaltig wirtschaftlich betreibbar? Es existiert bereits die Mamuthalle und das Rosarium. Der Konzertsaal in der Musikschule wird bald fertig und der Goldene Saal soll in Zukunft betrieben werden. Des Weiteren muss bedacht werden, ob die Grünfläche oder ein Teil davon, wirklich bebaut werden sollte. Könnte es nicht eine Herausforderung für die Stadt sein, diese zukünftig sehenswert zu gestalten? Aus Sicht seiner Fraktion überwiegen die Risiken. Die Vorlage wird abgelehnt.

*Herr Klein* spricht für die CDU-Fraktion. Die Aussagen zum Kulturhaus und zu den Plätzen muss man nicht wiederholen und ergänzen. Das Kulturangebot ist besser als vor 10 Jahren. Unter dem Aspekt des demografischen Wandels, wird die Einwohnerzahl und auch die Kaufkraft sinken. Außerdem gibt es in Sangerhausen 4.000 Hartz-IV- Bedarfsgemeinschaften und 1.000 sogenannte Aufstocker. Wo soll da die Kaufkraft herkommen? Freie Flächen sollten nicht bebaut, sondern als Naherholungsflächen hergerichtet werden. Zu diesem Thema könnten sich die Bürger einbringen. In Sangerhausen gibt es zur Zeit leerstehende Verkaufsflächen auf fast 12.000 m<sup>2</sup> (davon wurden Flächen auf 10.000 m<sup>2</sup> durch den Stadtrat beschlossen). Sollten dann zusätzlich noch 4.000 m<sup>2</sup> ausgewiesen werden? Außerdem kann der Investor darauf hingewiesen werden, dass die Stadtbibliothek und das Bürgerbüro ausziehen wird. Eventuell könnte er dort die Ersatzflächen schaffen, die er braucht. Seitens der CDU-Fraktion kann es nur die eine Möglichkeit geben: keine 1. Lesung und ein klares Nein zum Antrag. Im nächsten Schritt sollte überlegt werden, wie die Grünflächen und weitere Flächen für Sangerhausen und für die Bürger besser genutzt werden können.

*Herr Kotzur* unterstützt im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag auf 1. Lesung. Er betont, dass es nicht in dem Sinne ist, dass noch zusätzlich 4.000 m<sup>2</sup> Handelsfläche gebraucht werden. Auch unter Berücksichtigung von all dem, was bisher gesagt wurde. Ein bestätigter Bebauungsplan existiert. In der 1. Lesung sollte der Investor dazu

gebracht werden, dass die Festsetzungen des bestätigten Bebauungsplanes erfüllt und Lösungen aufgezeigt werden. Wenn das im Zuge der 1. Lesung nicht gelingt, dann sollte die Stadt die Kraft haben, die Verträge zu kündigen und die Bürgerschaft zu ziehen. Die Ausschüsse hatten ihre Gründe, für eine 1. Lesung zu plädieren.

*Herr Schmidt* ist dagegen, auf dem Schützenplatz ein solches Objekt zu errichten. Er zitiert aus dem Einzelhandelsgutachten, das es "bei einer Umverteilungsquote von 10 % nicht zu erwarten ist, dass es zu einer funktionalen Schädigung der Sangerhäuser Innenstadt kommen wird. Allenfalls sogenannte Grenzertragsbetriebe, also Betriebe, die bereits heute am Rande ihrer Wirtschaftlichkeit operieren, könnten in ihrem Bestand gefährdet sein." Die meisten Geschäfte in der Stadt haben es schwer und kämpfen, um zu überleben. Das liegt nicht nur an der sinkenden Kaufkraft, sondern auch an steigenden Betriebskosten (z.B. Schließung der Kaufhalle in Riestedt). Die Stadträte sind den Wählern, den Bürgern verpflichtet. Er will den Erhalt aller Geschäfte in der Innenstadt und im Gewerbegebiet. Natürlich würde mehr produzierendes Gewerbe bessere Voraussetzungen schaffen. Er bittet darum, auf die 1. Lesung zu verzichten und einen Beschluss zu fassen.

*Herr Kinne* ist ebenfalls gegen eine 1. Lesung. Er stellt fest, dass in den Ausschüssen, notwendige Informationen fehlten, die heute gegeben wurden. Der Investor kann bei der geringen Kaufkraft in Sangerhausen keine C&A-Filiale versprechen und noch einen Billigmarkt braucht Sangerhausen nicht.

*Herr Peche* stellt im Namen seiner Fraktion, den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

*Herr Skrypek* stellt fest, dass laut Geschäftsordnung, eine Abstimmung darüber nicht notwendig ist, wenn der Geschäftsordnungsantrag von einer Fraktion gestellt wurde. Er lässt über den Antrag auf 1. Lesung (gestellt vom Bau-, Wirtschafts- / Umwelt- und Finanzausschuss) abstimmen.

#### **Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung**

Ja-Stimmen = 10  
Nein-Stimmen = 19  
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Es haben nicht alle anwesenden Stadträte an der Abstimmung teilgenommen.

#### **Beschlusstext:**

*Die Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Kerngebiet Schützenplatz" für Teilflächen. Die Änderung soll als vorhabenbezogener Bebauungsplan auf Kosten des Vorhabenträgers durchgeführt werden.*

*Ziele der Planung: Im Plangebiet sollen westlich des „Kauflands“ weitere Handelseinrichtungen etabliert werden. Hier sollen u. a. für einen Textilfachhandel, einen Elektrofachmarkt sowie für einen Schuhhandel Planungsrecht geschaffen werden. Der private Vorhabenträger übernimmt die Kosten für die Planung und Umsetzung.*

*Über Festsetzungen im Bebauungsplan sowie städtebauliche Verträge soll der Bau eines Kulturhauses auf Kosten des Vorhabenträgers gesichert werden.*

#### **Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Herr Ralf Poschmann	Nein
Herr Udo Halle	Nein
Herr Dieter Klein	Nein
Herr Thomas Peckruhn	Nein
Frau Monika Rauhut	Nein
Frau Regine Römmisch	Nein
Herr Volker Schachtel	Nein
Herr Andreas Skrypek	Nein
Frau Regina Stahlhacke	Ja
Herr Harald Weiß	Ja
Herr Reinhard Windolph	Nein

Herr Michael Dietrich	Enthaltung
Herr Peter Dietrich	Enthaltung
Herr Manfred Fischer	Nein
Herr Holger Hüttel	Enthaltung
Herr Klaus Kotzur	Enthaltung
Frau Christine Kümmel	Enthaltung
Frau Sabine Künzel	entschuldigt
Herr Günter Prause	Enthaltung
Herr Axel Sell	Ja
Frau Iris Töpsch	Nein
Herr Siegmar Hecker	Nein
Herr Andreas Herold	Nein
Herr Volker Kinne	Nein
Herr Bert Mrozik	Enthaltung
Frau Katrin Scheffel	Nein
Herr Helmut Schmidt	Nein
Herr Jürgen Telle	Nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	Nein
Herr Mike Bösel	Nein
Frau Gesine Liesong	Nein
Frau Käthe Olschak	Nein
Herr Klaus Peche	Nein
Herr Lothar Wolfram	Nein
Frau Christine Block	Nein
Herr Arndt Kemesies	Nein
Frau Katharina Ruschke	Nein
Herr Helmut Qual	entschuldigt
Herr Udo Schwarz	Nein
Herr Heiko Brunthaler	entschuldigt

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	3
Nein-Stimmen	=	27
Stimmenenthaltungen	=	7

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-31/12** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

#### **7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**

##### **7.1 Jahresabschlüsse, Lageberichte und Bestätigungsvermerke 2011 von den Unternehmen mit städtischer Beteiligung**

##### **7.2 Information über die Übertragung der Aufgaben und Überlassung der Rechte aus dem Konzessionsvertrag für Strom vom 20.04.2011**

##### **7.3 Wegnahme von verkehrsberuhigten Bereichen in der Ortschaft Wolfsberg**

**8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**

.

.

**10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Skrypek* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Er informiert im Namen von Herrn Schmidt (Rosenstadt Sangerhausen GmbH), dass nächstes Jahr zum 110-jährigen Bestehen des Europarosariums, ein Festumzug stattfinden wird. Fraktionen, die sich einbringen und ein Bild gestalten wollen, melden sich bitte bei der Rosenstadt GmbH.

Um 20:10 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

Simone Jung  
Protokollführerin

Andreas Skrypek  
Vorsitzender des Stadtrates